Badische Neueste Nachrichten (BNN), Karlsruhe, 16.6.2009

Kann Resolution die Landesregierung umstimmen?

Niemand weiß, was aus Karlsruher Heroin-Ambulanz wird / SPD für gemeinsames Vorgehen der Fraktionen

Von unserem Redaktionsmitglied
Günther Kopp

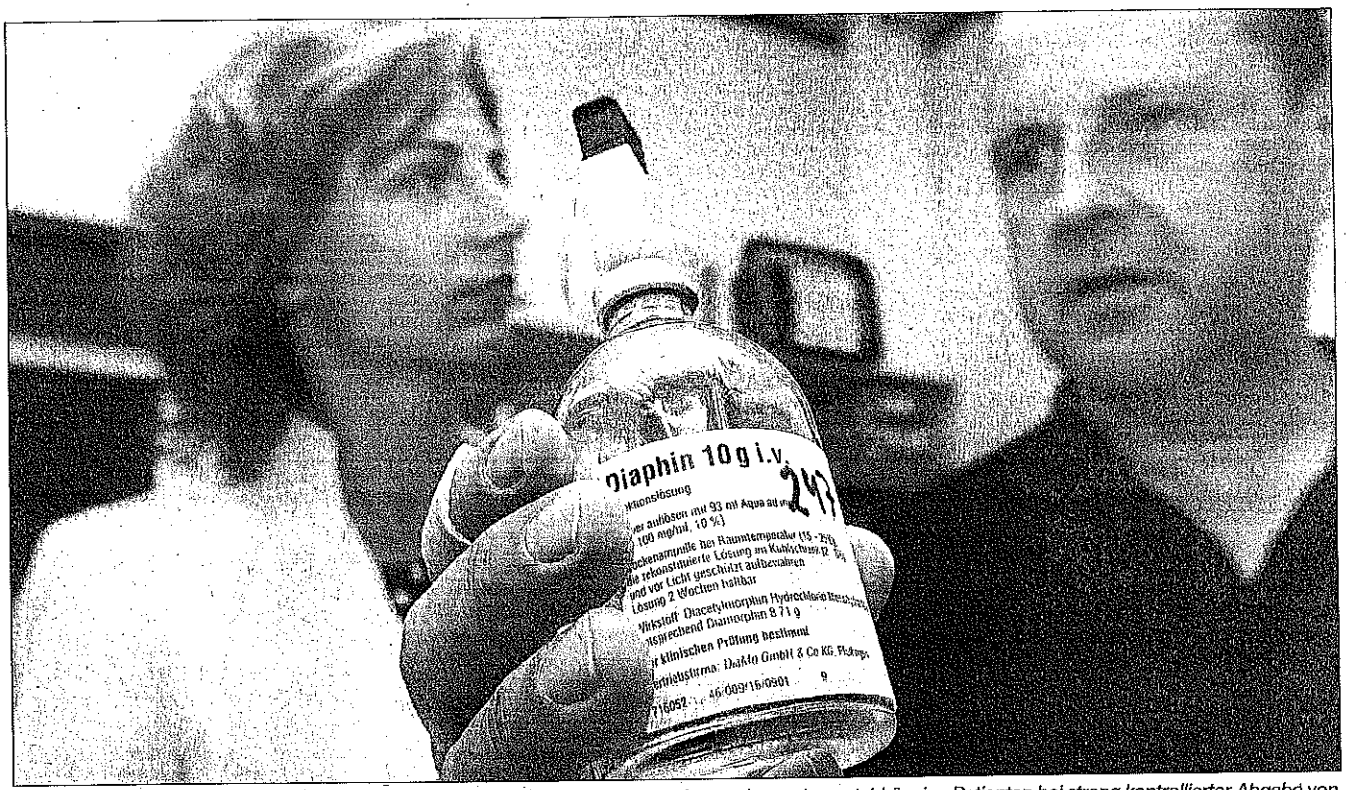
Der Karlsruher Gemeinderat sollte sich mit einer von allen Fraktionen unterzeichneten Resolution an die Landesregierung dafür einsetzen, dass die Karlsruher Ambulanz der Arbeiterwohlfahrt (AWO), die seit Jahren erfolgreich schwerstabhängige Patienten mit künstlichem Heroin (Diamorphin) behandelt, erhalten bleibt. Diesen Vorschlag hat gestern Abend die SPD-Gemeinderatsfraktion gemacht und nach eigenen Angaben bei Oberbürgermeister Heinz Fenrich (CDU) Zustimmung gefunden. Es sei wichtig, von Karlsruhe aus das Signal an die Landesregierung zu richten, dass der Gemeinderat alle Pläne ablehne, die die Fächerstadt in einem künftigen Diamorphin-Konzept

Früherer Sozialbürgermeister Vöhringer schrieb an Mappus

ausklammern, so die SPD. (Siehe auch Kommentar und Meldung „AWO spricht...“.)

Groß war die Freude in Karlsruhe, als vor eineinhalb Wochen der Bundestag mit großer Mehrheit grünes Licht für die Abgabe von Heroin auf Rezept gab. Damit schien gewährleistet, dass das Karlsruher Heroinprojekt, das derzeit in der Regie der AWO 18 schwerstabhängige Patienten mit künstlichem Heroin versorgt, überlebt. Doch der Bundestagsbeschluss war kaum gedruckt, da gab es aus der CDU-Landtagsfraktion den Vorstoß, künstliches Heroin künftig nur an den landeseigenen psychiatrischen Zentren oder deren Tageskliniken abzugeben. Also doch keine Zukunft für das Karlsruher Heroinprojekt? Dabei haben Politiker aller Parteien jahrelang für das bundesweit beachtete Modell gekämpft und damit Schwerstabhängigen wieder zu einem menschenwürdigen Leben verholfen.

Zunächst meldete sich der frühere Karlsruher Sozialbürgermeister Norbert Vöhringer zu Wort, in dessen Amtszeit vor 17 Jahren der Kampf für die kontrollierte Vergabe von Heroin begann. In einem offenen Brief an den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Stefan Mappus, appelliert Vöhringer in Baden-Württemberg ein Hilfesystem einzurichten, das den Schwerstabhängigen kurze Wege bietet. Die psychiatrischen Landeskliniken seien nicht nur wegen der weiten Wege dorthin „keine idealen Einrichtungen“.



DIE AWO-AMBULANZ in Karlsruhe hat mit ihrem Heroin-Projekt über Jahre bewiesen, dass schwerstabhängige Patienten bei streng kontrollierter Abgabe von künstlichem Heroin (Diamorphin) in ein fast normales Leben zurückkehren können. Jetzt ist das Karlsruher Modell wieder einmal in Gefahr. Archivfoto: dpa

Konkret fordert Vöhringer von der Landesregierung, ein Konzept zu entwickeln, in dem die AWO-Ambulanz – wie zu Zeiten des Modellprojekts – ihre Arbeit in vollem Umfang weiterführen kann.

Für die Beibehaltung der Diamorphin-Behandlung in Karlsruhe hat sich bereits auch die Gemeinderatsratsfraktion der Grünen eingesetzt. Die Kompetenz der Karlsruher AWO-Ambulanz, die Hilfe aus einer Hand anbiete, mache den außergewöhnlichen Erfolg des Karlsruher Modells aus, betonten die Stadträte Michael Borner und Dorothea Polle-Holl. Diesen zu gefährden, sei völlig unverständlich.

AWO spricht von „Dämpfer“

pp. „Die Äußerungen aus der CDU-Landtagsfraktion haben uns schon einen Dämpfer versetzt“, sagt der Geschäftsführer der Karlsruher AWO, Gustav Holzwarth.

Er verstehe nicht, dass Kräfte in der CDU die bewährte Struktur, die im Zusammenhang mit dem Heroinmodell entwickelt worden sei, infrage stellen wollten. Immerhin habe sich Fraktionschef Stefan Mappus persönlich in der AWO-Ambulanz über die Arbeit mit Schwerstabhängigen erläutern lassen. Immer wieder sei zum Ausdruck gekommen, dass die Kombination von medizinischer Versorgung und Sozialtherapie die Grundlage des Karlsruher Erfolgs sei.

Holzwarth betonte, die AWO Karlsruhe könnte sich vorstellen, ihr Einzugsgebiet zu erweitern und auch eine Kooperation mit einem psychiatrischen Zentrum, etwa Wiesloch, einzugehen. Er hoffe, dass letztlich die Vernunft siege.